

Zankapfel Hallensolidarität

Die SP Einsiedeln hat ihre Parolen zur Novemberabstimmung im Bezirk gefasst: «Nein» zum Sportzentrum Allmeind, «Ja» zum Planungskredit Schulhaus Kornhausstrasse.

SP Mit Christoph Bingisser und Karl Lenherr durfte Präsident Johannes Borner an der SP-Parteiversammlung am vorletzten Donnerstag zwei Verwaltungsräte aus der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind im Zunftsaal des Bären begrüßen. Christoph Bingisser eröffnete seine Präsentation mit einer animierten Führung durch das Projekt und wies dann zu Beginn schon auf Differenzen zwischen der Genossenschaft und dem Bezirksrat hin: die Hallensolidarität habe in der Abstimmungsfrage nichts verloren. Ein entsprechendes Wiedererwägungsgesuch sei vom Bezirksrat abgelehnt worden. Später bestätigte er in der Diskussion, dass nach einer Zustimmung zum Projekt mit der Erhebung von Nutzungsbeiträgen auch für die Hallen des Bezirks (Hallensolidarität) ein Paradigmenwechsel im Bezirk stattfinden würde. Heute bezahle eben jeder Nutzer und jede Nutzerin überall für eine Sportinfrastruktur, ausser eben in Einsiedeln.

Finanzierungszusage

Unterschiedlich sind auch die Bewertung der Finanzierungszusage durch eine lokale Bank: für Bingisser ist der «unverbindliche Finanzierungsvorschlag» von 15 Millionen Franken durch die Raiffeisenbank eine ausreichende Grundlage für die Zustimmung zum Projekt, zumal sie ja nur vom Volks-Ja abhängt. André Ott, Präsident der Rechnungsprüfungs-



Von rechts: Verwaltungsrat Christoph Bingisser, SP-Präsident Johannes Borner und Verwaltungsrat Kari Lenherr an der Präsentation des Projektes «Sportzentrum Obere Allmeind». Foto: zvg

kommission, monierte in der Versammlung eine im Baurechtsvertrag verklausulierte Defizitgarantie des Bezirks: egal ob bei einem ausserordentlichen Heimfall nach kurzer Zeit (zum Beispiel wegen eines drohenden Konkurses der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind) oder auch nach 99 Jahren tritt der Heimfall zu 0 Franken an die Genossenschaft Dorf Binzen ein. Diese nimmt sich alle Vorkaufsrechte aus, während sich der Bezirk mit einem Betriebsbeitrag von jährlich 1,4 Millionen Franken und den hohen Investitionsbeiträgen zu weiteren Unterstützungsbeiträgen gezwungen sehen würde. Auch dieses Votum diene kaum dazu, die Differenzen zwischen Behörde und Genossenschaft auszuräumen.

Bezirksrat Stefan Kälin erläutert anschliessend die Positionen des Bezirks: Die Hallensolidarität sei seitens Genossenschaft von Anfang an unumstösslicher Bestandteil des Projekts gewesen. Ebenso wies er darauf hin, dass im Juni 2023 eine «Finanzierungszusage» einer Bank vorgelegen hätte; jetzt sei es nur noch ein «unverbindlicher Finanzierungsvorschlag». Grundsätzlich würden die jetzigen Kosten die Möglichkeiten

und den Bedarf des Bezirks bei Weitem überschreiten. Er berechnet zudem, dass für den Bezirk neben dem jährlichen Beitrag von 1,4 Millionen Franken die Kosten für die 17 Millionen Franken Projektbeitrag (Abschreibung und Kapitalzinsen jährlich 957'000 Franken) ein Betrag von total 2'357'000 Franken pro Jahr während mindestens 25 Jahren die Erfolgsrechnung des Bezirks belasten würde.

Ablehnung seitens der SP

Die Versammlung entscheidet sich anschliessend für die Ablehnung des Projekts aus finanziellen Gründen, hat sich doch das redimensionierte Projekt um satte 55 Prozent verteuert, der jährliche Bezirksbeitrag um 300'000 Franken erhöht und bleiben aufgrund eines unabhängigen Gutachtens weiterhin Zweifel, ob die aktuell dargelegte Investitionssumme auch wirklich ausreicht. Störend wirkt auch, dass der Bezirk 45 Prozent des Projekts finanziert, ohne Mitsprache zu haben. Inhaltlich begrüsst die Versammlung, dass mit dem Projekt viel für die Sportvereine und insbesondere für die Jugend gemacht würde, dem nicht vereinsgebundenen Volkssport letzt-

lich aber wenig Vorteile erwachsen. Die SP Einsiedeln – selbst Genossenschafter – anerkennt aber unbestritten das grosse Engagement des Verwaltungsrates für die Vorlage und für die politische Meinungsbildung, die dadurch ausgelöst wird.

Schulpräsidentin Leta Bolli präsentiert anschliessend zusammen mit Bezirksrat Stefan Kälin die Vorlage Planungskredit für einen Neubau Kindergarten Kornhausstrasse mit zwei zusätzlichen Klassenzimmern. Die Versammlung anerkennt deren Bedarf, auch wenn sie feststellen muss, dass für die Kornhausstrasse von Anfang an keine angemessene Sportinfrastruktur zu Verfügung stand.

Eigenmietwert und Lehrerbesoldung

Alt Kantonsrat Andreas Marty erläuterte anschliessend die Antwort des Kantons auf die Anfrage zu den Folgen bei der Abschaffung des Eigenmietwertes auf die Steuersubstanz. Diese seien neutral, so sei es wichtig, aus Gerechtigkeit am bestehenden System festzuhalten.

Kantonsrat Franz Camenzind wies auf die laufende Kampagne zur Teilrevision der Besoldung der Lehrpersonen hin: Es sei politisch konsequent, hier zuzustimmen, um den Kanton Schwyz auch für Junglehrpersonen gegenüber Zug und Zürich attraktiv zu halten. Präsident Borner erinnerte an die bereits gefassten Parolen für die Bezirksvorlagen vom 28. September: je ein Ja zum Gewässerraum Sihlsee und Bezirksbeitrag an die Sanierung des Hallenbads Ybrig und ein klares Nein zur Pluralinitiative Wohnungen in der Gewerbe- und Industriezone.

—Für weitere Auskünfte: Johannes Borner, borner.johannes@sunrise.ch, 079/215'78'61.